

Unselbständiger Entschließungsantrag

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Alma Zadic LL.M., Kolleginnen und Kollegen

betreffend Kooperation zwischen EU und Libyen im Bereich Grenzschutz und Migrationsmanagement sowie die aktuelle Menschenrechtssituation in Libyen

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt 13: Bericht des Ausschusses für Menschenrechte über den Antrag 605/A(E) der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel (532 d.B.)

Laut IOM-Schätzungen befinden sich etwa 670.000 Flüchtlinge, Asylsuchende, Migrantinnen und Migranten in Libyen. Diese Bevölkerungsgruppe ist regelmäßig gravierenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, darunter Mord, Erpressung, Folter und anderen Formen von Misshandlung, sexueller Gewalt, Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel. Schätzungsweise werden mehr als 6.000 Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge willkürlich und unbefristet über Monate oder sogar Jahre in ca. 20 offiziellen, staatlich betriebenen, überfüllten Internierungslagern festgehalten. Menschenrechtsorganisationen gehen zudem von weiteren inoffiziellen Lagern an Libyens Küste aus, in denen Flüchtlinge Opfer von Gewalt und Menschenhandel würden.¹

Die Zustände in libyschen Lagern sind absolut menschenunwürdig. Zugang zu medizinischer und sanitärer Grundversorgung ist in weiten Teilen des Landes eingeschränkt, in den Lagern im Grunde inexistent. Menschen hungern. Laut einer aktuellen Studie² von *Ärzte ohne Grenzen* ist ein Viertel der Menschen akut mangelernährt bzw. unterernährt. Unter den Gefangenen sind ca. ein Drittel Kinder und Minderjährige. Gefangene berichten, oft tagelang kein Essen zu bekommen. Zudem halten zahlreiche Berichte detailliert fest, dass die Inhaftierten geschlagen, als Sklaven verkauft, für Zwangsarbeit missbraucht, hingerichtet werden. Folter und Vergewaltigung stehen an der Tagesordnung. Laut einer aktuellen Studie der „Women’s Refugee Commission“³ greifen die libysche Miliz und Küstenwache, die teils selbst Teil der Schleppernetzwerke sind, und Menschenhändler zu immer extremeren Formen von sexueller Gewalt und Folter, um ihre Einkommensverluste zu kompensieren. Familien der Opfer werden erpresst. Menschen, mit denen man kein Geld mehr erpressen konnte, werden getötet, um wieder Platz zu schaffen. Ein UNO-Bericht⁴ aus Dezember 2018 kommt zu ähnlich entsetzlichen Ergebnissen. Immer mehr Menschenrechtsorganisationen beschreiben die menschenverachtenden Zustände als „Hölle“.⁵

¹ <https://humanitariancompendium.iom.int/appeals/libya-2018>.

² Ärzte ohne Grenzen, *LIBYEN: Mangelernährung im Internierungslager Sabaa in Tripolis – Screening-Bericht Tripolis, Libyen* (März 2019), <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sites/germany/files/2019-libyen-screening-bericht-mangelernaehrung-internierungslager.pdf>.

³ Women’s Refugee Commission, *Libya-Italy Report* (März 2019) <https://www.womensrefugeecommission.org/component/zdocs/document?id=1698-libya-italy-report-03-2019-pdf>.

⁴ Office of the High Commissioner for Human Rights, *Desperate and Dangerous: Report on the human rights situation of migrants and refugees in Libya* (Dezember 2018), <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/LY/LibyaMigrationReport.pdf>.

⁵ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-libyen-europa-schickt-menschen-in-die-hoelle-a-1219935.html>.

Sehenden Auges forcieren die Mitgliedsstaaten der EU eine verstärkte Kooperation mit Libyen, obwohl es unmissverständlich klar sein müsste, dass Menschen unter katastrophalen Bedingungen zurückgebracht werden und in die Hände von Schleppern und Menschenhändlern gedrängt werden. Menschenrechtsorganisationen warnen seit den ersten Abkommen mit Gaddafi in 2008 vor den „schmutzigen Deals“ mit Libyen und lokalen Milizen, die Menschenleben als Verhandlungsmasse behandeln. Diese Abkommen zur Flüchtlingsabwehr sehen eine massive finanzielle, logistische und technische Unterstützung der EU für libyschen Haftenrichtungen, die Küstenwache und Lokalbehörden sowie Milizen vor – also all jene Akteure, die an den systematischen und schwerwiegenden Menschenrechtsverstößen beteiligt sind. Erst Ende Februar 2019 hat Channel 4 News⁶, ein britischer TV-Sender, eine Videoaufzeichnung veröffentlicht, die zeigt, wie Menschen in einem libyschen Anhaltezentrum auf die brutalste Art und Weise gefoltert werden, und das in einer aus EU-Mitteln finanzierten Haftenrichtung.

Der europäische Kampf gegen Schlepper und Menschenhändler erfolgt bisher symbolisch und versagt bei der Eindämmung von Menschenleid. Die „Abschreckungsmissionen“ der EU richten sich statt gegen die Menschenhändler gegen die Schutzsuchenden und diejenigen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Damit werden diese in eine noch größere Notlage gedrängt.

Die zur Abschottungs- und Abschreckungspolitik verkommene europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik verstärkt somit das bestehende Leid auf dieser ohnehin schon gefährlichen Mittelmeerroute. Laut UNHCR⁷ hat sich 2018 die Sterblichkeitsrate unter den MigrantInnen, nach der Schließung sicherer und legaler Flucht- und Migrationswege im Vergleich zu 2017 fast verdreifacht. Das Aussetzen der Marinekomponente der Mission Sophia mit 31.03.2019, welche seit ihrem Bestehen mehr als 45.000 Menschen aus Seenot gerettet hat, wird zweifelsohne zu noch mehr Toten führen. Fortgeführt werden soll die zur "Sophia"-Mission gehörende Ausbildung der libyschen Küstenwache, sowie die Überwachung des Mittelmeerraumes zur Eindämmung des Menschenhandels und der Schlepperei durch Flugzeuge.

Eine gesamteuropäische Migrations- und Asylstrategie, die neben dem Ausbau des Grenzschutzes sowie der Bekämpfung von Menschenhandel/Schlepperei auch eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen, Schaffung legaler und sicherer Migrations- und Fluchtwege, sowie die Möglichkeit regulärer Migration und Flucht beinhaltet, fehlt innerhalb der EU. Seit Jahren fordern ExpertInnen, dass nur ein gesamtheitlicher Ansatz nachhaltig und wirksam den Menschenhandel sowie die systematische Ausbeutung von Migrantinnen, Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen und die gewaltsamen Übergriffe gegen diese Personengruppen in Libyen beenden kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

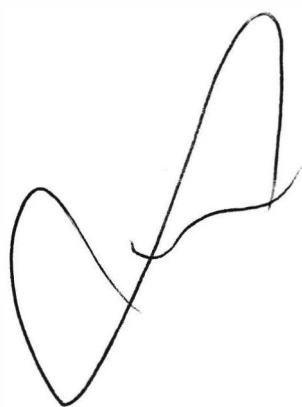
Der Nationalrat wolle beschließen:

⁶ <https://www.channel4.com/news/torture-and-shocking-conditions-the-human-cost-of-keeping-migrants-out-of-europe> (25. Februar 2019).

⁷ UNHCR, *Desperate Journeys: January – December 2018* (Januar 2019)
<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/67712>.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu den verheerenden Zuständen in libyschen Anhaltezentren Stellung zu beziehen. Zudem wird die Regierung aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine Verbesserung der besorgniserregenden Situation der über 670.000 Migrantinnen, Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden in Libyen zu erreichen. Weiteres wird die Bundesregierung ersucht, auf allen Ebenen, insbesondere in den Gremien der Europäischen Union sowie der Vereinten Nationen alle Aktivitäten zu unterstützen, die eine Verbesserung der Sicherheit und des Schutzes der sich in Libyen befindlichen Migrantinnen, Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden gewährleisten, und die Verantwortung der Europäischen Union sowie der einzelnen Mitgliedsstaaten für eine gesamteuropäische Lösung transparent zu machen.

Abschließend wird die Regierung aufgefordert, die Forderung der EU-Kommission nach einem Schließen der libyschen Flüchtlingszentren in vollem Umfang zu unterstützen und sich für die Schaffung von sicheren, menschenrechtskonformen Alternativen einzusetzen.“



David John Kr
N
Zil

